

Dr. Josef Pühringer
Landeshauptmann



Mr. Peter Shumlin
Governor of the State of Vermont
109 State Street, Pavilion
Montpelier, VT 05609
USA

E-Mail: LHPuehringer@ooe.gv.at
Bitte bei Antwortschreiben folgende Zahl anführen:
Präs-2008-8342/160-RR

16.10.2013

Honorable Governor,

The State of Vermont and the State of Upper Austria are both leaders in the field of renewable energy and the use of biomass in heating. It therefore seems natural that our two states should try to work together, learn from each other, and by cooperating improve the promotion and implementation of renewable energies in business, research and development, education, and daily life in our respective societies.

I am very glad that our responsible departments have drafted a "Memorandum of Understanding regarding cooperation in the field of biomass thermal energy" that states specific measures for cooperation in the near future. I strongly support this initiative and hereby send you two signed versions of the MoU in both English and German; I kindly request you to send one of each version with your signature back to us. Then the MoU will enter into force and we can start the practical work.

To further strengthen the ties between our regions, I would like to cordially invite you to visit Upper Austria in 2014 with a delegation of energy experts. Direct discussions with our experts could be held about specific projects, best practice examples could be visited in Upper Austria, and the cooperation would be off to a strong start. A good opportunity for such a visit might be the "World Sustainable Energy Days", one of the largest events in this field in Europe, taking place every year in Wels, Upper Austria. The conference in 2014 (February 26-28) would be a fitting framework for a visit from Vermont.

I look forward to your response and remain

sincerely


Dr. Josef Pühringer
Governor

enclosure

GRUNDSATZVEREINBARUNG

Zwischen

dem Staat Vermont

und

dem Land Oberösterreich

bezüglich

der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wärmeerzeugung aus Biomasse

Dieses Dokument ist eine Grundsatzvereinbarung zwischen dem Staat Vermont, Vereinigte Staaten von Amerika und dem Land Oberösterreich, Österreich, auf die im Folgenden als die Parteien Bezug genommen wird. Auf den Gouverneur von Vermont und den Landeshauptmann von Oberösterreich wird im Folgenden als die Rechtspersönlichkeiten Bezug genommen.

In Anbetracht der Tatsache, dass: Oberösterreich als weltweit führend auf dem Gebiet der Bioenergie anerkannt ist

In Anbetracht der Tatsache, dass: Vermont als in den Vereinigten Staaten als national führend bei der Bioenergie anerkannt ist

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten sich einig sind, dass ein entschiedenes Handeln erforderlich ist, um ihre Energieversorgung bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt und der Verbesserung der Qualität der Umwelt zu diversifizieren und entschlossen sind, nachhaltige Energietechnologien zu fördern

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten die Verflechtung zwischen der Bioenergie, dem Klimawandel, der Versorgungssicherheit, der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem nachhaltigen Wirtschaftswachstum anerkennen

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten verstehen, dass die Nachfrage nach Energie weltweit wächst und dass der Ruf nach Importunabhängigkeit durch eine internationale Zusammenarbeit erleichtert werden kann

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten versuchen, die Zusammenarbeit in Bereichen von wechselseitigem Interesse auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien und insbesondere auf dem Gebiet der Wärmeerzeugung aus Biomasse zu stärken

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten die gemeinsamen Interessen an der Entwicklung sauberer, bezahlbarer und nachhaltiger Energiequellen anerkennen

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten verstehen, dass diese

Grundsatzvereinbarung dazu gedacht ist, einen allgemeinen Rahmen für eine Zusammenarbeit zu bieten und den gemeinschaftlichen Willen der Parteien auszudrücken.

Es wurde beschlossen, dass: der Staat Vermont, Vereinigte Staaten von Amerika, und das Land Oberösterreich, Österreich, das folgende Übereinkommen getroffen haben:

PARAGRAPH 1

Das Ziel dieser Grundsatzvereinbarung ist es, eine Partnerschaft zum wechselseitigen Nutzen zwischen den Parteien auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz zu fördern. Die Zusammenarbeit aus dieser Grundsatzvereinbarung wird umfassen:

1. Den wechselseitigen Austausch von Erfahrungen und Informationen, die auf die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung von Bioenergie abzielen
2. die Unterstützung der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit im Biomassebereich
3. die Zusammenarbeit bei der Ausbildung und Schulung.

PARAGRAPH 2

Im Rahmen von Paragraph 1 wurden die folgenden Themen als vorrangige Gebiete für die Zusammenarbeit zwischen den Parteien aus dem Rahmenplan dieser Grundsatzvereinbarung festgestellt:

1. Die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere Biomasse sowie Energieeffizienz in Gebäuden,
2. Einsatz und Austausch moderner Technologien im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeffizienz,
3. Errichtung von Geschäfts-, Forschungs- und Entwicklungspartnerschaften, die die Innovation und den Einsatz nachhaltige Technologien unterstützen.

PARAGRAPH 3

Jede Rechtspersönlichkeit benennt einen Kontakt oder Kontakte, die sich mit ihrem jeweiligen Pendant in Verbindung setzen, um die Arbeit, die nach dieser Grundsatzvereinbarung vorgenommen wird, zu koordinieren und deren Ergebnisse zu bewerten. Die Zusammenarbeit zwischen den Parteien nach dieser Grundsatzvereinbarung wird umfassen:

1. Den Austausch von Informationen, politischen Konzepten und Maßnahmen aus jedem Land mit dem anderen in Bezug auf Ausbildung, Gesetzgebung und Förderung für Biomasse- und Energieeffizienzprogramme,
2. Austauschbesuche von Experten, Vertretern von Institutionen, Forschern und Delegationen. Jedes Land wird Handelsdelegationen unter Einbeziehung von politischen Entscheidungsträgern, Behörden, Technologieanbietern, Fachverbänden und technischen Beratern zwischen beiden Ländern unterstützen und wird weitere Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zum Lernen identifizieren,
3. den Austausch von Ideen, die Vermont bei der Förderung der Entwicklung einer Nah- und Fernwärmeversorgung helfen würden,
4. gemeinsam organisierte Seminare, Workshops und Besprechungen unter Einbeziehung von Fachleuten, Wissenschaftern, Unternehmen und anderen relevanten Organisationen sowie die Bewerbung einschlägiger Fachmessen und Konferenzen zwischen den beiden Ländern,
5. den Austausch von Ideen, wie man die Beziehungen zu Vermont nutzen könnte, um die Geschäftsmöglichkeiten auf dem weiteren nordamerikanischen Markt weiterzuentwickeln,
6. die Erkundung der Möglichkeiten für den Import und Export von Anlagen und technischem Fachwissen,
7. jedes Land wird mit dem anderen zusammenarbeiten, um die finanziellen Mittel für die Unterstützung dieser Aktivitäten durch nationale und internationale Organisationen, die Zuschüsse gewähren, zu identifizieren, unter Einbeziehung, aber nicht beschränkt auf den George Marshall Fonds, das US-amerikanische Wirtschaftsministerium, die US-amerikanische Small Business Administration, die Europäische Union und andere Organisationen,
8. andere Arten der Zusammenarbeit, wie sie gegenseitig vereinbart werden.

Konkret regen die Parteien an die Schaffung eines:

9. Netzwerks zum Austausch von Informationen zu nachhaltiger Energie - die Einrichtung besonderer Kommunikationskanälen zwischen den Handels- und politischen Organisationen von Vermont und Oberösterreich, zwischen den Ressourcengruppen der Branche und den Stakeholdergruppen. Das Ziel wäre, den laufenden Austausch von Branchen- und Markttrends, von bewährten Instrumenten und Herausforderungen des Marktes und der Politik in verschiedenen Bereichen der erneuerbaren Energie und der Energieeffizienz, zu pflegen,
10. Bildungsnetzwerks zum Austausch über nachhaltige Energie - die Einrichtung von Kommunikationslinien zwischen den Bildungseinrichtungen von Vermont und Oberösterreich, die führend im Bereich der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sind. Dieses sollte öffentliche und private höhere Bildungsanstalten, Schulungseinrichtungen der Industrie und Akademien miteinbeziehen.

Die Parteien werden Organisationen, private Unternehmen, Regierungseinrichtungen auf allen Ebenen und Forschungseinrichtungen beider Seiten ermutigen, Aktivitäten einer Zusammenarbeit einzurichten, die darauf abzielen, die Ziele dieser Grundsatzvereinbarung zu verwirklichen. Die Parteien setzen voraus, dass die Aktivitäten oder Maßnahmen aus dieser Grundsatzvereinbarung stets innerhalb des für sie jeweils geltenden gesetzlichen Rahmens sein sollten.

PARAGRAPH 4

Bei der Umsetzung dieser Grundsatzvereinbarung wird jede Partei die Ausgaben für ihre Teilnahme an den Aktivitäten nach Maßgabe ihrer eigenen Finanz- und Haushaltsplanung und vorbehaltlich der Verfügbarkeit finanzieller Mittel tragen. Kosten, die sich auf die Aktivitäten aus dieser Grundsatzvereinbarung beziehen, sind vorbehaltlich der Verfügbarkeit angemessener Finanzmittel, in Übereinstimmung mit den Budgetbestimmungen und den damit in Verbindung stehenden Gesetzen jeder der Parteien. Alle Kosten, die sich aus der Zusammenarbeit aus dieser Grundsatzvereinbarung ergeben, werden von der Partei getragen, der sie entstehen, es sei denn, es wird etwas anderes vereinbart.

PARAGRAPH 5

Ein Streit über die Auslegung oder Umsetzung dieser Grundsatzvereinbarung wird durch Beratungen zwischen den Parteien beigelegt. Sollten Probleme in Bezug auf die Grundsatzvereinbarung und ihre Umsetzung auftreten, werden diese Probleme auf der Grundlage einer Einigung zwischen den Vertretern der Rechtspersönlichkeiten gelöst.

PARAGRAPH 6

Jede Rechtspersönlichkeit wird diese Grundsatzvereinbarung in einer Art und Weise umsetzen, die im Einklang der für sie gültigen Gesetzen steht. Die Rechtspersönlichkeiten bestätigen, dass diese Grundsatzvereinbarung nur darauf abzielt, die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen den Rechtspersönlichkeiten zu schaffen und dass sie keine rechtlich verbindlichen Rechte oder Verpflichtungen schafft. In dem Umfang, in dem eine andere Bestimmung dieser Grundsatzvereinbarung im Widerspruch zu diesem Abschnitt steht, hat dieser Abschnitt Vorrang. Die Rechtspersönlichkeiten verpflichten sich nach bestem Wissen zur Umsetzung dieser Grundsatzvereinbarung in dem größtmöglichen durchführbaren Umfang, vorbehaltlich eintretender Änderungen in der Umweltpolitik.

Diese Grundsatzvereinbarung kann jederzeit durch die wechselseitige schriftliche Zustimmung der Parteien neu gefasst werden.

PARAGRAPH 7

Diese Grundsatzvereinbarung wird zum Zeitpunkt der Unterschrift durch die Rechtspersönlichkeiten wirksam, vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Gremien. Diese Grundsatzvereinbarung bleibt für einen Zeitraum von fünf Jahren wirksam. Jede der Rechtspersönlichkeiten kann die Grundsatzvereinbarung jederzeit mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten aufheben.

Unterzeichnet in Linz, Oberösterreich, und Montpelier, Vermont, in zwei Originalen in englischer und deutscher Sprache, die beide in gleicher Weise verbindlich sind.

Gouverneur von Vermont

Landeshauptmann von Oberösterreich

Datum: _____

Energielandesrat von Oberösterreich

Datum: 26.10.2013

GRUNDSATZVEREINBARUNG

Zwischen

dem Staat Vermont

und

dem Land Oberösterreich

bezüglich

der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wärmeerzeugung aus Biomasse

Dieses Dokument ist eine Grundsatzvereinbarung zwischen dem Staat Vermont, Vereinigte Staaten von Amerika und dem Land Oberösterreich, Österreich, auf die im Folgenden als die Parteien Bezug genommen wird. Auf den Gouverneur von Vermont und den Landeshauptmann von Oberösterreich wird im Folgenden als die Rechtspersönlichkeiten Bezug genommen.

In Anbetracht der Tatsache, dass: Oberösterreich als weltweit führend auf dem Gebiet der Bioenergie anerkannt ist

In Anbetracht der Tatsache, dass: Vermont als in den Vereinigten Staaten als national führend bei der Bioenergie anerkannt ist

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten sich einig sind, dass ein entschiedenes Handeln erforderlich ist, um ihre Energieversorgung bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt und der Verbesserung der Qualität der Umwelt zu diversifizieren und entschlossen sind, nachhaltige Energietechnologien zu fördern

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten die Verflechtung zwischen der Bioenergie, dem Klimawandel, der Versorgungssicherheit, der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem nachhaltigen Wirtschaftswachstum anerkennen

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten verstehen, dass die Nachfrage nach Energie weltweit wächst und dass der Ruf nach Importunabhängigkeit durch eine internationale Zusammenarbeit erleichtert werden kann

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten versuchen, die Zusammenarbeit in Bereichen von wechselseitigem Interesse auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien und insbesondere auf dem Gebiet der Wärmeerzeugung aus Biomasse zu stärken

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten die gemeinsamen Interessen an der Entwicklung sauberer, bezahlbarer und nachhaltiger Energiequellen anerkennen

In Anbetracht der Tatsache, dass: beide Rechtspersönlichkeiten verstehen, dass diese

Grundsatzvereinbarung dazu gedacht ist, einen allgemeinen Rahmen für eine Zusammenarbeit zu bieten und den gemeinschaftlichen Willen der Parteien auszudrücken.

Es wurde beschlossen, dass: der Staat Vermont, Vereinigte Staaten von Amerika, und das Land Oberösterreich, Österreich, das folgende Übereinkommen getroffen haben:

PARAGRAPH 1

Das Ziel dieser Grundsatzvereinbarung ist es, eine Partnerschaft zum wechselseitigen Nutzen zwischen den Parteien auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz zu fördern. Die Zusammenarbeit aus dieser Grundsatzvereinbarung wird umfassen:

1. Den wechselseitigen Austausch von Erfahrungen und Informationen, die auf die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung von Bioenergie abzielen
2. die Unterstützung der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit im Biomassebereich
3. die Zusammenarbeit bei der Ausbildung und Schulung.

PARAGRAPH 2

Im Rahmen von Paragraph 1 wurden die folgenden Themen als vorrangige Gebiete für die Zusammenarbeit zwischen den Parteien aus dem Rahmenplan dieser Grundsatzvereinbarung festgestellt:

1. Die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere Biomasse sowie Energieeffizienz in Gebäuden,
2. Einsatz und Austausch moderner Technologien im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeffizienz,
3. Errichtung von Geschäfts-, Forschungs- und Entwicklungspartnerschaften, die die Innovation und den Einsatz nachhaltige Technologien unterstützen.

PARAGRAPH 3

Jede Rechtspersönlichkeit benennt einen Kontakt oder Kontakte, die sich mit ihrem jeweiligen Pendant in Verbindung setzen, um die Arbeit, die nach dieser Grundsatzvereinbarung vorgenommen wird, zu koordinieren und deren Ergebnisse zu bewerten. Die Zusammenarbeit zwischen den Parteien nach dieser Grundsatzvereinbarung wird umfassen:

1. Den Austausch von Informationen, politischen Konzepten und Maßnahmen aus jedem Land mit dem anderen in Bezug auf Ausbildung, Gesetzgebung und Förderung für Biomasse- und Energieeffizienzprogramme,
2. Austauschbesuche von Experten, Vertretern von Institutionen, Forschern und Delegationen. Jedes Land wird Handelsdelegationen unter Einbeziehung von politischen Entscheidungsträgern, Behörden, Technologieanbietern, Fachverbänden und technischen Beratern zwischen beiden Ländern unterstützen und wird weitere Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zum Lernen identifizieren,
3. den Austausch von Ideen, die Vermont bei der Förderung der Entwicklung einer Nah- und Fernwärmeversorgung helfen würden,
4. gemeinsam organisierte Seminare, Workshops und Besprechungen unter Einbeziehung von Fachleuten, Wissenschaftern, Unternehmen und anderen relevanten Organisationen sowie die Bewerbung einschlägiger Fachmessen und Konferenzen zwischen den beiden Ländern,
5. den Austausch von Ideen, wie man die Beziehungen zu Vermont nutzen könnte, um die Geschäftsmöglichkeiten auf dem weiteren nordamerikanischen Markt weiterzuentwickeln,
6. die Erkundung der Möglichkeiten für den Import und Export von Anlagen und technischem Fachwissen,
7. jedes Land wird mit dem anderen zusammenarbeiten, um die finanziellen Mittel für die Unterstützung dieser Aktivitäten durch nationale und internationale Organisationen, die Zuschüsse gewähren, zu identifizieren, unter Einbeziehung, aber nicht beschränkt auf den George Marshall Fonds, das US-amerikanische Wirtschaftsministerium, die US-amerikanische Small Business Administration, die Europäische Union und andere Organisationen,
8. andere Arten der Zusammenarbeit, wie sie gegenseitig vereinbart werden.

Konkret regen die Parteien an die Schaffung eines:

9. Netzwerks zum Austausch von Informationen zu nachhaltiger Energie - die Einrichtung besonderer Kommunikationskanälen zwischen den Handels- und politischen Organisationen von Vermont und Oberösterreich, zwischen den Ressourcengruppen der Branche und den Stakeholdergruppen. Das Ziel wäre, den laufenden Austausch von Branchen- und Markttrends, von bewährten Instrumenten und Herausforderungen des Marktes und der Politik in verschiedenen Bereichen der erneuerbaren Energie und der Energieeffizienz, zu pflegen,
10. Bildungsnetzwerks zum Austausch über nachhaltige Energie - die Einrichtung von Kommunikationslinien zwischen den Bildungseinrichtungen von Vermont und Oberösterreich, die führend im Bereich der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sind. Dieses sollte öffentliche und private höhere Bildungsanstalten, Schulungseinrichtungen der Industrie und Akademien miteinbeziehen.

Die Parteien werden Organisationen, private Unternehmen, Regierungseinrichtungen auf allen Ebenen und Forschungseinrichtungen beider Seiten ermutigen, Aktivitäten einer Zusammenarbeit einzurichten, die darauf abzielen, die Ziele dieser Grundsatzvereinbarung zu verwirklichen. Die Parteien setzen voraus, dass die Aktivitäten oder Maßnahmen aus dieser Grundsatzvereinbarung stets innerhalb des für sie jeweils geltenden gesetzlichen Rahmens sein sollten.

PARAGRAPH 4

Bei der Umsetzung dieser Grundsatzvereinbarung wird jede Partei die Ausgaben für ihre Teilnahme an den Aktivitäten nach Maßgabe ihrer eigenen Finanz- und Haushaltsplanung und vorbehaltlich der Verfügbarkeit finanzieller Mittel tragen. Kosten, die sich auf die Aktivitäten aus dieser Grundsatzvereinbarung beziehen, sind vorbehaltlich der Verfügbarkeit angemessener Finanzmittel, in Übereinstimmung mit den Budgetbestimmungen und den damit in Verbindung stehenden Gesetzen jeder der Parteien. Alle Kosten, die sich aus der Zusammenarbeit aus dieser Grundsatzvereinbarung ergeben, werden von der Partei getragen, der sie entstehen, es sei denn, es wird etwas anderes vereinbart.

PARAGRAPH 5

Ein Streit über die Auslegung oder Umsetzung dieser Grundsatzvereinbarung wird durch Beratungen zwischen den Parteien beigelegt. Sollten Probleme in Bezug auf die Grundsatzvereinbarung und ihre Umsetzung auftreten, werden diese Probleme auf der Grundlage einer Einigung zwischen den Vertretern der Rechtspersönlichkeiten gelöst.

PARAGRAPH 6

Jede Rechtspersönlichkeit wird diese Grundsatzvereinbarung in einer Art und Weise umsetzen, die im Einklang der für sie gültigen Gesetzen steht. Die Rechtspersönlichkeiten bestätigen, dass diese Grundsatzvereinbarung nur darauf abzielt, die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen den Rechtspersönlichkeiten zu schaffen und dass sie keine rechtlich verbindlichen Rechte oder Verpflichtungen schafft. In dem Umfang, in dem eine andere Bestimmung dieser Grundsatzvereinbarung im Widerspruch zu diesem Abschnitt steht, hat dieser Abschnitt Vorrang. Die Rechtspersönlichkeiten verpflichten sich nach bestem Wissen zur Umsetzung dieser Grundsatzvereinbarung in dem größtmöglichen durchführbaren Umfang, vorbehaltlich eintretender Änderungen in der Umweltpolitik.

Diese Grundsatzvereinbarung kann jederzeit durch die wechselseitige schriftliche Zustimmung der Parteien neu gefasst werden.

PARAGRAPH 7

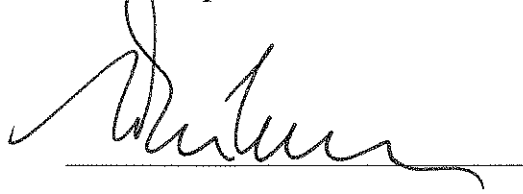
Diese Grundsatzvereinbarung wird zum Zeitpunkt der Unterschrift durch die Rechtspersönlichkeiten wirksam, vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Gremien. Diese Grundsatzvereinbarung bleibt für einen Zeitraum von fünf Jahren wirksam. Jede der Rechtspersönlichkeiten kann die Grundsatzvereinbarung jederzeit mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten aufheben.

Unterzeichnet in Linz, Oberösterreich, und Montpelier, Vermont, in zwei Originalen in englischer und deutscher Sprache, die beide in gleicher Weise verbindlich sind.

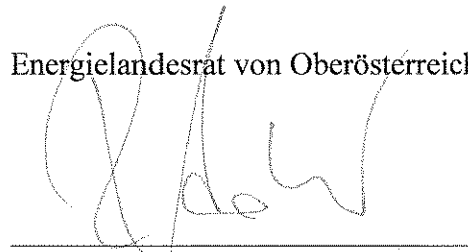
Gouverneur von Vermont

Datum: _____

Landeshauptmann von Oberösterreich



Energielandesrat von Oberösterreich



Datum: 26.10.2013

MEMORANDUM OF UNDERSTANDING

Between

The State of Vermont

and

The State of Upper Austria

Regarding

Cooperation in the Field of Biomass Thermal Energy

This document is a Memorandum of Understanding (MOU) between the State of Vermont, USA and the State of Upper Austria, Austria hereinafter referred to as the parties. The Governor of Vermont and the Governor of Upper Austria are hereinafter referred to as the entities.

Whereas: Upper Austria is recognized as a global leader in the field of biomass energy;

Whereas: Vermont is recognized as a national leader in the United States in biomass energy;

Whereas: Both entities understand that strong action is needed to diversify their energy supply while protecting the environment and improving environmental quality and are committed to promoting sustainable energy technologies;

Whereas: Both entities recognize the linkages between biomass energy, climate change, energy security, job creation, and sustainable economic growth;

Whereas: Both entities understand that the demand for energy is growing globally and the call for energy independence can be facilitated by means of international cooperation;

Whereas: Both entities seek to strengthen the collaboration in areas of mutual interest in the field of the renewable energy, and in particular the areas of biomass energy for thermal purposes;

Whereas: Both entities recognize the common interests shared by the Parties toward the development of clean, affordable, and sustainable energy sources;

Whereas: Both entities understand that this MOU is intended to provide a general framework for cooperation and to express the cooperative intent of the Parties;

Be it resolved that: The State of Vermont, USA and the State of Upper Austria, Austria have reached the following understanding:

ARTICLE 1

The objective of this MOU is to promote a mutually beneficial partnership between the Parties in the field of renewable energy and energy efficiency. The cooperation under this MOU will include:

1. Mutual exchange of experiences and information regarding the design and implementation of policies aimed at promoting biomass energy;
2. Organization of support for scientific and technological cooperation relevant to biomass energies;
3. Cooperation regarding education and training.

ARTICLE 2

Within the framework of Article 1, the following topics have been identified as high priority areas for cooperation between the Parties under the framework of this MOU:

1. Development and promotion of renewable energy sources, especially biomass as well as energy efficiency in buildings;
2. Deployment and transfer of advanced renewable energy and energy efficiency technologies;
3. Establishment of business and Research and Development partnerships supporting innovation and green technology employment.

ARTICLE 3

Each entity will nominate a liaison or liaisons who will engage with their respective counterpart to coordinate the work being undertaken under this MOU and evaluate its results. Cooperation between the Parties under this MOU will include:

1. Exchange of information and policy ideas and actions from each state to the other relative to public education, regulation and incentives for biomass and energy efficiency programs;

2. Exchange visits by experts, representatives of institutions, researchers and delegations
Each state will support trade delegations including policy makers, regulators, equipment vendors, trade association, and technical consultants from each state to each state to learn from each other and ID further opportunities for collaboration and learning;
3. Exchange of ideas that would assist Vermont in stimulating development of district heating;
4. Jointly organized seminars, workshops and meetings involving experts, scientists, private companies and other relevant agencies and promote relevant trade shows and conferences from each state to the other;
5. Exchange of ideas on how to leverage relationships in Vermont to build opportunities with the broader North American market;
6. Explore the potential for importing and exporting equipment and technical expertise;
7. Each state will collaborate with the other to identify funds to support these efforts through national and international grant organizations including but not limited to the George Marshall fund, the US Department of Commerce, the US Small Business Administration, the European Union and other organizations;
8. Other forms of cooperation as mutually agreed upon.

More specifically the parties call for the creation of:

9. A Green Energy Information Exchange Network - Establish specific lines of communications between VT & UA's Trade/Policy orgs, Industry resource groups, & Stakeholder groups. The intent would be to cultivate the on-going exchange of industry and market trends, best practices, and market & policy challenges for various renewable energy and energy efficiency sectors;
10. A Green Energy Educational Exchange Network – Establish lines of communication between VT & UA's Educational Institutions that are leaders in renewable energy and energy efficiency education. This to include public & private colleges, industry training institutions, high schools & academies.

The Parties shall encourage organizations, private companies, government institutions at all levels and research institutions on both sides to establish cooperation activities aimed at fulfilling the objectives of this MOU. The Parties understand that the activities or actions under this MOU should always be within the legal framework governing each one.

ARTICLE 4

In implementing this MOU, each entity will meet the expenses of its participation in the activities, in accordance with its own financial and budgetary processes and subject to the availability of funds. Costs related to the activities under this MOU are subject to the availability of appropriate funds, in conformity with budgetary provisions and the relevant laws of each Party. All costs resulting from cooperation under this MOU are to be borne by the Party that incurs them, unless otherwise mutually agreed.

ARTICLE 5

Any dispute about the interpretation or implementation of this MOU will be resolved through consultations between the Parties. If problems related to the MOU and its implementation should occur, these problems will be resolved on the basis of mutual understanding between the representatives of the entities.

ARTICLE 6

Each entity will implement this MOU in a manner consistent with the laws and regulations of its jurisdiction. The entities acknowledge that this MOU is only intended to provide for cooperation between the entities and that it does not create any legally binding rights or obligations. To the extent any other provision of this MOU is inconsistent with this paragraph, this paragraph shall prevail. The entities commit themselves in good will to implement this MOU to the fullest extent practicable, subject to any changes in environmental policy that they may adopt.

This MOU may be amended at any time by the mutual written consent of the Parties.

ARTICLE 7

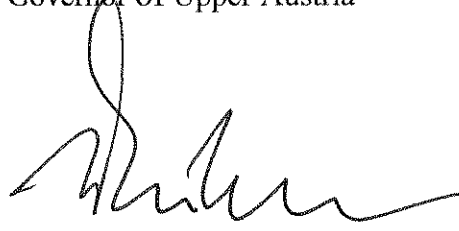
This MOU will take effect on the date of signature by the entities, subject to the approval of the competent bodies. This MOU will remain in effect for a period of five years. Any one of the entities may cancel the MOU at any time upon three months notice.

Done at Linz, Upper Austria, and Montpelier, Vermont, in two originals in the English and the German languages which are both equally binding.

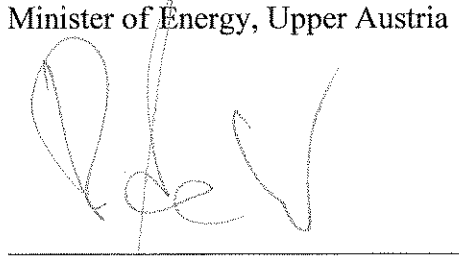
Governor of Vermont

Date: _____

Governor of Upper Austria



Minister of Energy, Upper Austria



Date: 26.10.2013

MEMORANDUM OF UNDERSTANDING

Between

The State of Vermont

and

The State of Upper Austria

Regarding

Cooperation in the Field of Biomass Thermal Energy

This document is a Memorandum of Understanding (MOU) between the State of Vermont, USA and the State of Upper Austria, Austria hereinafter referred to as the parties. The Governor of Vermont and the Governor of Upper Austria are hereinafter referred to as the entities.

Whereas: Upper Austria is recognized as a global leader in the field of biomass energy;

Whereas: Vermont is recognized as a national leader in the United States in biomass energy;

Whereas: Both entities understand that strong action is needed to diversify their energy supply while protecting the environment and improving environmental quality and are committed to promoting sustainable energy technologies;

Whereas: Both entities recognize the linkages between biomass energy, climate change, energy security, job creation, and sustainable economic growth;

Whereas: Both entities understand that the demand for energy is growing globally and the call for energy independence can be facilitated by means of international cooperation;

Whereas: Both entities seek to strengthen the collaboration in areas of mutual interest in the field of the renewable energy, and in particular the areas of biomass energy for thermal purposes;

Whereas: Both entities recognize the common interests shared by the Parties toward the development of clean, affordable, and sustainable energy sources;

Whereas: Both entities understand that this MOU is intended to provide a general framework for cooperation and to express the cooperative intent of the Parties;

Be it resolved that: The State of Vermont, USA and the State of Upper Austria, Austria have reached the following understanding:

ARTICLE 1

The objective of this MOU is to promote a mutually beneficial partnership between the Parties in the field of renewable energy and energy efficiency. The cooperation under this MOU will include:

1. Mutual exchange of experiences and information regarding the design and implementation of policies aimed at promoting biomass energy;
2. Organization of support for scientific and technological cooperation relevant to biomass energies;
3. Cooperation regarding education and training.

ARTICLE 2

Within the framework of Article 1, the following topics have been identified as high priority areas for cooperation between the Parties under the framework of this MOU:

1. Development and promotion of renewable energy sources, especially biomass as well as energy efficiency in buildings;
2. Deployment and transfer of advanced renewable energy and energy efficiency technologies;
3. Establishment of business and Research and Development partnerships supporting innovation and green technology employment.

ARTICLE 3

Each entity will nominate a liaison or liaisons who will engage with their respective counterpart to coordinate the work being undertaken under this MOU and evaluate its results. Cooperation between the Parties under this MOU will include:

1. Exchange of information and policy ideas and actions from each state to the other relative to public education, regulation and incentives for biomass and energy efficiency programs;

2. Exchange visits by experts, representatives of institutions, researchers and delegations
Each state will support trade delegations including policy makers, regulators, equipment vendors, trade association, and technical consultants from each state to each state to learn from each other and ID further opportunities for collaboration and learning;
3. Exchange of ideas that would assist Vermont in stimulating development of district heating;
4. Jointly organized seminars, workshops and meetings involving experts, scientists, private companies and other relevant agencies and promote relevant trade shows and conferences from each state to the other;
5. Exchange of ideas on how to leverage relationships in Vermont to build opportunities with the broader North American market;
6. Explore the potential for importing and exporting equipment and technical expertise;
7. Each state will collaborate with the other to identify funds to support these efforts through national and international grant organizations including but not limited to the George Marshall fund, the US Department of Commerce, the US Small Business Administration, the European Union and other organizations;
8. Other forms of cooperation as mutually agreed upon.

More specifically the parties call for the creation of:

9. A Green Energy Information Exchange Network - Establish specific lines of communications between VT & UA's Trade/Policy orgs, Industry resource groups, & Stakeholder groups. The intent would be to cultivate the on-going exchange of industry and market trends, best practices, and market & policy challenges for various renewable energy and energy efficiency sectors;
10. A Green Energy Educational Exchange Network – Establish lines of communication between VT & UA's Educational Institutions that are leaders in renewable energy and energy efficiency education. This to include public & private colleges, industry training institutions, high schools & academies.

The Parties shall encourage organizations, private companies, government institutions at all levels and research institutions on both sides to establish cooperation activities aimed at fulfilling the objectives of this MOU. The Parties understand that the activities or actions under this MOU should always be within the legal framework governing each one.

ARTICLE 4

In implementing this MOU, each entity will meet the expenses of its participation in the activities, in accordance with its own financial and budgetary processes and subject to the availability of funds. Costs related to the activities under this MOU are subject to the availability of appropriate funds, in conformity with budgetary provisions and the relevant laws of each Party. All costs resulting from cooperation under this MOU are to be borne by the Party that incurs them, unless otherwise mutually agreed.

ARTICLE 5

Any dispute about the interpretation or implementation of this MOU will be resolved through consultations between the Parties. If problems related to the MOU and its implementation should occur, these problems will be resolved on the basis of mutual understanding between the representatives of the entities.

ARTICLE 6

Each entity will implement this MOU in a manner consistent with the laws and regulations of its jurisdiction. The entities acknowledge that this MOU is only intended to provide for cooperation between the entities and that it does not create any legally binding rights or obligations. To the extent any other provision of this MOU is inconsistent with this paragraph, this paragraph shall prevail. The entities commit themselves in good will to implement this MOU to the fullest extent practicable, subject to any changes in environmental policy that they may adopt.

This MOU may be amended at any time by the mutual written consent of the Parties.

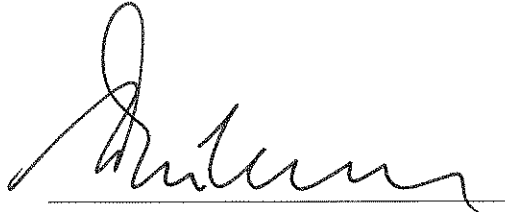
ARTICLE 7

This MOU will take effect on the date of signature by the entities, subject to the approval of the competent bodies. This MOU will remain in effect for a period of five years. Any one of the entities may cancel the MOU at any time upon three months notice.

Done at Linz, Upper Austria, and Montpelier, Vermont, in two originals in the English and the German languages which are both equally binding.

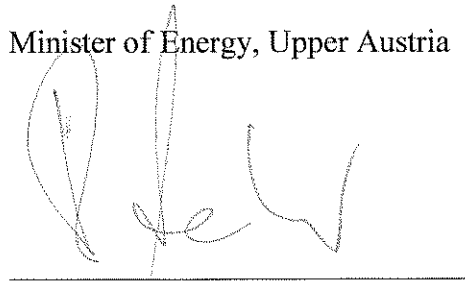
Governor of Vermont

Governor of Upper Austria



Date: _____

Minister of Energy, Upper Austria



Date: 26.10.2013